

am Dienstag

1. Vergewaltigung: Mutmaßlicher Täter gefasst
2. Lindemann-Chef ist der beste Ausbilder
3. A 26: Autofahrer schleudert gegen Leitplanke
4. CFK-Valley: Weltweit erste Carbon-Unterstände
5. Die Top 5 der Verbraucherzentrale

Schulbezirke

## VLG bekommt Schüler aus dem Alten Land

ALTES LAND. Die Schüler der Grundschulen Hollern-Twieflenfleth und Steinkirchen sollen ab dem nächsten Sommer die fünfte Klasse des Vincent-Lübeck-Gymnasiums (VLG) in Stade besuchen und nicht mehr, wie jetzt, das andere Stader Gymnasium Athenaeum. Dies hat der Kreisausschuss beschlossen und die Schulbezirke der beiden Stader Gymnasien entsprechend geändert. Der Handlungsbedarf war da, weil sich eine ungleiche Schülerverteilung zwischen den beiden Gymnasien abzeichnete. Das Gymnasium Athenaeum weist hohe und jüngst weiter steigende Zugangszahlen auf, während beim VLG die Zahlen zurückgehen. Hinsichtlich der gebildeten Anzahl an Klassen im Jahrgang fünf ist das VLG schwach fünfzünftig, während beim Gymnasium Athenaeum in fast allen Jahren sechs und im aktuellen Jahr 2016/2017 sogar sieben fünfte Klassen gebildet wurden. Um Härtefälle zu vermeiden, sagte Kreis-Schuldezernent Dr. Eckart Lantz großzügige Geschwisterregelungen zu.

Die einzige kritische Stimme zu dieser Neuverteilung kam

# Giselbertstraße: Jetzt wird es ernst

Erste Pläne als Resultat der Bürgerbeteiligung kommen bei der Politik gut an – 400 neue Wohnungen

Von Karsten Wisser

BUXTEHUDE Wie soll das letzte große Baugebiet der Hansestadt Buxtehude aussehen? Jetzt beginnt das offizielle Verfahren zur Gestaltung des Neubaugebiets Giselbertstraße. Seit Februar hatten sich Bürger und Fachleute in einem informellen Beteiligungsverfahren der Frage gestellt, wie das rund zehn Hektar große Neubaugebiet gestaltet werden kann. Am Ende der Bürgerbeteiligung standen acht Entwürfe, aus denen die Beteiligten zwei Konsenspläne generierten und aus denen die Stadt einen städtebaulichen Entwurf entwickelt hat. Am gestrigen Dienstagabend wurde die Politik in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses auf den Sachstand gebracht, den die Bürger bereits im Oktober auf der Abschlussveranstaltung der informellen Bürgerbeteiligung erhalten hatten.

Und so soll das Baugebiet Giselbertstraße aussehen: Viel Grün und 400 Wohnungen. Einige Gebäude sollen vier komplette Stockwerke bekommen. Sie befinden sich eher im Zentrum des Neubaugebiets, hin zu den öffentlichen Grünflächen, die 13 Prozent der Gesamtfläche einnehmen werden.

Das Gebiet gehört zu zwei Dritteln der Stadt Buxtehude und zu einem Drittel der Hausbau-Immobilien-Gesellschaft (HBI) aus Nottensdorf. Eine kleine Fläche von 4500 Quadratmetern gehört außerdem einem privaten Eigentümer. Die Stadt besitzt aber unabhängig von den Besitzverhältnissen die absolute Planungshoheit. Um das Gebiet vermarkten zu können – das ist für 2018 geplant – bedarf es noch eines aufwendigen amtlichen Umlegungsverfahrens.

Die zahlreichen Vorschläge der Bürger, die sich am Prozess beteiligt haben, um ihre Wohnideen zu verwirklichen, sind in diesem ersten städtebaulichen Entwurf erst



Im Neubaugebiet Giselbertstraße sollen 400 neue Wohneinheiten auf zehn Hektar Land entstehen.

einmal nicht wiederzufinden. „Was gebaut wird, entscheidet letztendlich die Ausschreibung. Die Kunst bei diesem Bebauungsplan ist, ihn so zu fassen, dass dort vieles möglich ist“, sagte Annette Mojik-Schneede, Leiterin der Fachgruppe Stadt- und Landschaftsplanung.

Der Erste Stadtrat Michael Nyveld ordnete das Projekt ein: „Es ist eines der wichtigsten städtebaulichen Projekte für die Stadt“. Wesentliche Zielsetzung sei die Bereitstellung von Wohnraum. Nyveld skizzierte auch die Probleme: Dabei geht es zum Beispiel um den Lärmschutz zur Bahnlinie Hamburg-Cuxhaven, die Erschließung des Baugebiets, die fußläufige Anbindung an die umliegenden Gebiete und die Frage,

wie die Straßen rund um das Neubaugebiet den zusätzlichen Verkehr durch die neuen Bewohner verkraften können und auch die Frage, ob es ein Nahversorgungs- oder Dienstleistungszentrum im neuen Quartier geben soll. Der Lärmschutz soll bereits in der Januar-Sitzung des Ausschusses diskutiert werden.

Die Politik reagierte im Ausschuss insgesamt positiv, hatte aber Fragen. Die SPD-Fraktionsvorsitzende Astrid Bade erinnerte daran, dass es einen Ratsbeschluss gibt, der 30 Prozent gefördert Wohnraum für das Baugebiet fordert. „Alle Fraktionen haben im Kommunalwahlkampf bezahlbaren Wohnraum gefordert“, so Bade. CDU-Fraktionschefin Arnhild Biesenbach sprach von

einem sehr gelungenen Entwurf und wünschte sich, eine Aufstellung, welcher Flächenbedarf die in der Diskussion befindlichen Wohnprojekte im einzelnen bräuchten. AfD-Fraktionschef Helmut Wiegers wollte wissen, ob der städtebauliche Entwurf auch den Bau von Tiefgaragen zulässt. Er tut es, so die Antwort.

## Die Kosten

Die informelle Bürgerbeteiligung zur Gestaltung des Baugebiets Giselbertstraße hat 48 000 Euro gekostet. Die Wohnraumbedarfsanalyse für die Stadt Buxtehude, die im Frühjahr vorgestellt wurde, kostete noch einmal 28 000 Euro.

Ratssitzung

## Keine Parteien in städtische Räume

BUXTEHUDE Wer darf städtische Räume nutzen? Diese Frage beschäftigt Buxtehudes Politik und Verwaltung. Öffentlich gemacht hat dieses Thema jetzt Joachim Lübbecke, 22 Jahre Schulleiter in Buxtehude und Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Er wollte im April eine GEW-Fortbildung zum Thema „Das Tagebuch der Anne Frank“ im Schulzentrum Nord durchführen und bekam von der Stadt eine Absage. Danach konnte er allerdings einen Raum in der Stadtbibliothek Buxtehude organisieren. Lübbecke brachte die Problematik in der Ratssitzung am Montagabend vor und hatte sich zuvor schriftlich an die Fraktionen gewandt. Geantwortet hatte aus unterschiedlichsten Gründen nur die Linke. Aktuell erarbeitet die Verwaltung Nutzungsregelungen für die sehr unterschiedlichen städtischen Nutzungsräume. Dazu gehören zum Beispiel die Schulen, das

Dorfgemeinschaftshaus Dammhäuser und das Freizeithaus. Eine einheitliche Satzung zu schaffen, die allen unterschiedlichen Nutzungsformen gerecht wird, ist aus Sicht des zuständigen Fachbereichsleiters Ralf Dessel allerdings schwer. Deswegen werde die Verwaltung den Weg vorschlagen, die Nutzung der Räume über individuell zugeschnittene allgemeine Geschäftsbedingungen zu regeln. Klar ist aber aus Sicht der Verwaltung: Politische Parteien sollen weiterhin draußen bleiben, weil es keine Möglichkeit gibt, bestimmte Parteien zuzulassen und andere nicht, so lange sie nicht verboten sind. Die Nutzung durch Gewerkschaften könnte danach aber zulässig sein. (kw)